

These 1: Der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruht unter anderem auf der Ausbeutung von Natur und Mensch insbesondere in den Ländern des globalen Südens (Erdschöpfungstag, ökologischer Fußabdruck, Einkommensverteilung).

Dieser These stimme ich weitgehend zu. Unser Wahlprogramm thematisiert diese Problematik folgendermaßen:

„Die Bundesrepublik Deutschland als Teil der industrialisierten Welt trägt in besonderer Weise Mitverantwortung für die sozialen Missstände weltweit, denn der höchste Verbrauch an Ressourcen und viele der gravierendsten Umweltbelastungen für unsere Biosphäre entfallen immer noch auf die Industrieländer.

Die ÖDP setzt sich für eine faire Ausgestaltung der Weltwirtschaft ein: Erhöhung wirtschaftlicher Chancen für Entwicklungsländer durch faire Preise für ihre Erzeugnisse, Verringerung von Armut durch Entschuldung, Vergabe von Entwicklungshilfe unabhängig von exportwirtschaftlichen Sachzwängen. Die ÖDP unterstützt die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die Implementierung klarer Richtlinien für globalen Handel („Fair Trade“) und die Initiierung eines „Global Marshall Plans“, um die Lebensqualität aller Menschen zu sichern.

Die historische Schuld des Kolonialismus liegt in der Ausbeutung und Zerstörung ehemals intakter Gemeinwesen, die bis heute nachwirken. In diesem historischen Kontext drängen wir auf einen Schuldenschnitt für die ärmsten Länder der Welt, damit ihre wirtschaftliche und staatliche Entwicklung Anschluss finden kann an die Entwicklung anderer Staaten. Mit einem solchen Schuldenschnitt muss die Bekämpfung von Korruption, die jede wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung lähmt, einhergehen.“

These 2: Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der bisher weitgehend unkontrolliert abgelaufenen Globalisierung müssen stärker in den Blick genommen werden. Das mit Mühen verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz kann nur ein erster Schritt sein und darf weder das geplante weitreichendere EU-Gesetz noch den UN-Treaty-Prozess behindern

(UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte).

Dieser These stimme ich weitgehend zu.

Die ÖDP fordert in ihrem Wahlprogramm, die Macht der Konzerne und die Globalisierung zu begrenzen. Konkrete Forderungen sind:

- Umwandlung der Welthandelsorganisation (WTO) in eine Weltorganisation für nachhaltigen Handel (WSTO).
- Sogenannte Freihandelsabkommen kündigen bzw. Verhandlungen stoppen (z. B. CETA, TiSA, JEFTA, Mercosur) und nur noch faire Abkommen schließen: keine Paralleljustiz durch Investitionsschutzregimes, kein Unterlaufen von parlamentarischer Entscheidungshoheit durch sogenannte Living Agreements, regulatorische Kooperation. Keine Klauseln zur Verwässerung von Standards durch Handelsabkommen. Stärkung der Nachhaltigkeitskapitel durch einklagbare Umwelt- und Tierschutzstandards.
- Einführung eines echten Lieferkettengesetzes ohne Hintertüren und Schlupflöcher mit klaren Sanktionsmöglichkeiten. Zurückweisung der gegenwärtigen Gesetzesvorhaben als Feigenblatt.
- Einfuhrverbot von (extrem) umweltschädlich produzierten Waren wie Rindfleisch, Palmöl oder Gensoja aus ehemaligen Regenwaldflächen, ebenso von Produkten aus diesen.
- Globalisierung der mitmenschlichen Solidarität statt Globalisierung der Großkonzerne.

These 3: Gerechte Handelsbeziehungen und faire Investitionsabkommen müssen in den Ländern des globalen Südens mehr Wertschöpfung ermöglichen, angepasste Arbeitsplätze schaffen und Binnenmärkte stärken. In Deutschland bedarf es einer kohärenten Entwicklungspolitik (Fluchtursachen, existenzsichernde Mindestlöhne, Kapitalverkehrskontrollen).

Dieser These stimme ich weitgehend zu.

Eine wirkungsvolle Flüchtlingspolitik muss an der Wurzel ansetzen, also zur Beseitigung der vielfältigen Fluchtgründe beitragen. Die Globalisierung, die sich an den Interessen ihrer stärksten Marktkräfte – der internationalen Konzerne – ausrichtet, geht auf Kosten der Menschen in den ärmeren Ländern. Flucht erscheint oftmals als die einzige Lösung, der Perspektivlosigkeit, der Ausbeutung und dem sicheren Tod zu entgehen.

Durch unseren Lebensstil im industrialisierten Westen, der die endlichen Ressourcen der Erde verbraucht, sind wir zutiefst in die Gesamtproblematik verwickelt. Globalisierung darf nicht wenige Beteiligte zu Gewinnern und den Rest der Menschheit zu Verlierern machen. Wir brauchen eine Abkehr von diesen ungerechten Verhältnissen und eine Hinwendung zu einer Welt in Balance. Wir brauchen einen Umbau des globalen Wirtschaftssystems, angemessene Schritte zur Umverteilung, eine Ökologisierung aller Lebensbereiche (Umwelt, Wirtschaft, Kultur, Alltag), eine generationenübergreifende Gerechtigkeit und das Prinzip des Gemeinwohls.

Die wichtigsten ÖDP-Forderungen in diesem Zusammenhang sind:

- Wirtschaftliches Handeln, ob in Deutschland, der EU oder global darf Menschen nicht ausbeuten oder deren Lebensgrundlagen zerstören. Wirtschaft und (Welt)Handel müssen fair geregelt sein: Vorrang der Menschenrechte vor Handelsrechten, Freihandelsverträgen oder Investitionsabkommen, keine Spekulationen auf Nahrungsmittel, kein Ausverkauf großer Landflächen an ausländische Investoren (Land-Grabbing).
- Am Welthandel teilnehmen kann nur, wer
 - existenzsichernde Löhne für alle Arbeitskräfte gesetzlich garantiert,
 - die Arbeitsschutzvorschriften der UN-Arbeitsorganisation beachtet,
 - die Gesetze zum Schutz der Lebensgrundlagen (Wasser, Boden, Klima und Artenvielfalt) weiter verbessert.
- Armut ist durch Entschuldung sowie durch echte Entwicklungspartnerschaften ohne Schwerpunkt auf der eigenen Exportwirtschaft zu bekämpfen. Diese Partnerschaften müssen Hilfe zur Selbsthilfe sein. Entwicklungspartnerschaften müssen an rechtsstaatliche Regierungsführung geknüpft werden.

These 4: Die deutsche Wirtschaft überschreitet seit vielen Jahren schon den im EU-Vertrag festgelegten Höchstwert des Leistungsbilanzüberschusses von 6 % des Bruttozialproduktes.

Die einseitige Außenwirtschaftsförderung, u.a. die subventionierte Überproduktion in der Landwirtschaft, beschert uns zwar kurzfristig Arbeitsplätze im Inland - aktuell auch in unserem Landkreis - , erhöht jedoch die Verschuldung von Ländern, die nicht im Gegenzug ihre Produkte zu angemessenen Preisen liefern oder entsprechende Dienstleistungen anbieten können. Deutschland muss die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder stärker berücksichtigen.

Dieser These stimme ich weitgehend zu.

Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft fordert die ÖDP in ihrem Wahlprogramm explizit den Stopp der forcierten Exportorientierung der europäischen Landwirtschaft.

Wir müssen den Wachstumszwang stoppen: „Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ (§ 1 StabG) darf kein Staatsziel mehr sein. Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik muss eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Kreislaufwirtschaft sein. Dazu gehört die Rücksichtnahme auf andere Länder durch Begrenzung des Leistungsbilanzüberschusses.

Stephanie Sichelschmidt, ÖDP Dachau, 10.9.2021